

Dichtheitsprüfung – Aktueller Stand

Eine echte bürgerfreundliche Lösung ist gefragt

Bereits 2011 hat sich die FDP als erste und damals einzige Fraktion im Landtag für die Aussetzung der Prüfpflicht und eine bürgerfreundliche sowie unbürokratische Lösung stark gemacht. Im Landtagswahlkampf hat das Thema Dichtheitsprüfung dann eine entscheidende Rolle gespielt. Während Ministerpräsidentin Kraft am 24.04.2012 im Mindener Tageblatt sagte: „Ein- und Zweifamilienhäuser würde ich erst einmal davon ausnehmen“ kämpften die Grünen weiter für eine flächendeckende Dichtheitsprüfung. Nach der Landtagswahl zeigte sich der Streit in der rot-grünen Landesregierung sehr deutlich. Widersprüchliche Aussagen der Landesregierung verunsichern nach wie vor die Bürgerinnen und Bürger. Die FDP-Landtagsfraktion hat mit der CDU-Landtagsfraktion nach der Wahl unmittelbar einen eigenen Gesetzentwurf in das Parlament eingebracht, der eine echte bürgerfreundliche Dichtheitsprüfung vorsieht (Drs. 16/45). Nach derzeitigem Stand sollen nach dem Willen der rot-grünen Landesregierung „nur noch“ alle Kanäle in Wasserschutzgebieten zur Dichtheitsprüfung verpflichtet werden. Vergegenwärtigt man sich, dass beispielsweise 50 Prozent der Stadt Köln in Wasserschutzgebieten liegt, bedeutet das, dass fast die Hälfte aller Hauseigentümer der Stadt Köln zur Dichtheitsprüfung verpflichtet werden soll. Auch für uns hier in Korschenbroich zeigt sich ein ähnliches Szenario und bedeutet eine Unverhältnismäßigkeit. Für Korschenbroich mit sog. „sensiblen Wasserverhältnissen, so Wortlaut der Verwaltung“ gibt es also weiterhin keine Entwarnung. Auch dazu hat die FDP einen eigenen Antrag (Drs. 16/270) in das Parlament eingebracht. Anfang des kommenden Jahres wird es eine Anhörung im Landtag zu dem Thema geben.

Und wie verhält sich die Verwaltung in Korschenbroich: In Wasserschutzgebieten sollen die geltenden Prüffristen bis zum 31.12.2015 beibehalten werden. Es bleibt zunächst abzuwarten, wie die gesetzliche Neuregelung und der genaue Wortlaut endgültig aussieht. Das Korschenbroicher Stadtgebiet liegt nahezu gesamt in unterschiedlichen Wasserschutzzonen. Eine Rechtsverordnung, die alle Fragestellungen im Zusammenhang mit der Dichtheitsprüfung regelt, soll erlassen werden. Fragen, in welchem Wasserschutzgebiet (I, II oder III a / b) Ihr Haus liegt, beantwortet der Rhein-Kreis Neuss. Die Bezirksregierung Düsseldorf ist zurzeit dabei, die Wasserschutzzonen zu überarbeiten.

Haushalt 2013

Wunschdenken ist der Leitfaden, die Realität wird ausgeblendet

Die angeblichen rosigen Zeiten, die eigentlich bei jeder jährlichen Haushaltsdebatte von der CDU und neuerdings auch der SPD, widerkehren, waren allzu schnell in diesem Jahr vorbei. Diese Mal waren es rund fünf Monate und

Korschenbroich kehrte zum alt bekannten Muster zurück. Jetzt nach 9 Monaten ist klar, das Defizit schnell wieder auf die gewohnte zweistellige Zahl und liegt nun bei 11,6 Mio. Euro für das Haushaltsjahr 2013. Im vergangenen Februar flossen die Steuereinnahmen noch. Darüber konnte man sich freuen, aber ganz so frohlockend haben wir es nie gesehen. Die CDU sprach wieder einmal viel zu schnell von einem „gelungenen Kraftakt“ und sah den Nothaushalt als Vergangeneheit an.

Von Anfang an war doch klar, lange kann das nicht gut gehen. Alle Planungen sollten nämlich einen genehmigungsfähigen Haushalt widerspiegeln und so sind Planungen auf dem Best Case Prinzip entstanden. Die Wahrscheinlichkeit des Eintritts – eher unwahrscheinlich! Darauf haben wir auch in der Vergangenheit immer wieder hingewiesen. Und jetzt, nach nur wenigen Monaten, ist der Worst case eingetroffen. Ein immenser Steuerausfall von rund 8,0 Mio. Euro (7,95 Mio. Euro) zwingt die Stadt zum Nachtragshaushalt. Aber das brachte auch nur für die örtliche Presse ein paar Sorgenfalten. Schnell wird der planerische Ausgleich geschaffen. Der ausgeglichene Haushalt wird nicht, wie noch im Februar errechnet 2017, sondern jetzt 2018 erreicht. Da ist einfach Wunschdenken der Leitfaden und die bittere Realität wird ausgeblendet!

Bittere Realität ist, dass der Gewerbesteuerereinbruch die Einnahmeseite mächtig nach unten zieht. Jetzt können nur noch der Einkommensteueranteil – fließt neben Meerbusch hier in Korschenbroich besonders gut- und die Grundbesitzer als verlässliche Quellen gelten. Wann wieder Gewerbesteuer vom größten Steuerzahler fließen werden, ist offen. Wir finden, dass ein Risikomanagement in der Verwaltung installiert werden sollte. Aber davon hält die Verwaltung nicht viel, „wie soll das gehen, man bekommt die Informationen ja sowieso nicht“, so der Bürgermeister.

Gut für Korschenbroich ist, dass es zusammen mit 27 anderen Kommunen gelungen ist unter den „Stärkungspakt II Stadtfinanzen NRW“ zu schlüpfen. Das bedeutet einen Landeszuschuss von rund 11,9 Mio. Euro für den Zeitraum von 2012 bis 2020. Das Ziel des Stärkungspaktes ist aber, dass die Kommunen strukturell sparen. Unter Konsolidieren sollte dabei nicht nur Steuer- und Abgabenerhöhungen verstanden werden. Dieser Zwang zum Sparen ist außerordentlich zu begrüßen, hat das in der Vergangenheit bekanntlich unter Federführung der CDU, aber mit den Stimmen der SPD, am wenigsten geklappt.

Das erste Konsolidierungsziel muss laut Stärkungspakt sein, dass inklusive der Zuweisungen aus dem Stärkungspakt ab 2018 das Gesamtergebnis ohne einen negativen Saldo abschlossen wird. Das zweite Ziel ist, dass spätestens in 2021 ohne die Konsolidierungshilfe ein ausgeglichener Haushalt erreicht wird. Und so kam dann auch vom Kämmerer die Planung auf Best Case Prinzip zustande. In Korschenbroich steigen jetzt Steuern und ähnliche Abgaben bei dieser Annahme bis 2021 (Basis: 2012) um 62 Prozent. D.h. die Verwaltung erwartet in den nächsten 9 Jah-

ren rund 2/3 Zuwachs zum heutigen Stand, etwa durch Zuzug von Neubürgern, Grundbesitz, Gewerbeansiedlung, aber auch durch Steuererhöhungen und natürlich das alles bei gleichbleibend guter Konjunktur.

Dabei zeigt sich bei nur wenigen und noch dazu sehr moderaten Risikoszenarien, wie anfällig die vorliegende Planung ist. Ein paar wenige Beispiele sollen genannt werden:

- Eine kleinere Steigerungsrate bei der Gewerbesteuer oder
- Personalkostensteigerungen um 2 Prozent statt der angenommenen 1 Prozent oder
- Steigende Zinssätze für Kassenkredite.

Mit keinem der genannten Szenarien wird ein ausgeglichener Haushalt in 2018 und auch nicht in 2021 erreicht. Möglich und vor allem realistischer sind noch ganz andere Szenarien, wie der gegenwärtige Steuereinbruch sehr anschaulich zeigt.

Und wie sieht der Ausblick aus?

Für's erste hat die Regierungspräsidentin Anne Lütke hat am 5. Dezember 2012 für die Verwaltung und CDU, SPD, Die Aktive und Grüne die frohe Botschaft verkündet und den Haushaltssanierungsplan 2013-2021 genehmigt. Das kann doch wohl nur damit zusammenhängen, dass hinsichtlich eines ausgeglichenen Haushaltes spätestens 2021 gar nichts mehr schief gehen kann. Denn bei Verschlechterung der Rahmenbedingungen (Konjunkturverschlechterung, Personalkostensteigerungen etc.) muss zwingend nachjustiert werden. Zusätzliche Maßnahmen zur Verbesserung der Haushaltssituation sind dann zwingend erforderlich.

Also endlich, die bisherige Blockadehaltung hat ausgesorgt! Zusammen mit der GPA –Gemeindeprüfanstalt NRW müssen dann weitere Sparpotenziale gehoben werden. Vermutlich die Sparpotenziale, die jetzt mit Missachtung gestraft werden.

Wir riskieren die Zukunft

Zukunftsgerichtete Konzepte fehlen

Es wird einfach nicht vorausschauend agiert, man reagiert immer nur, und noch dazu kurzfristig! Zukunftsgerichtete Konzepte und wirkliche Innovationen, die Korschenbroich in 15 oder 20 Jahren fit machen könnten, sind nicht im Blick. Es wird nicht an alle Bürger und Bürgerinnen in Korschenbroich gedacht. Man muss schon ein CDU'ler sein!

Was passiert eigentlich, wenn die Bevölkerung der Stadt bis 2030 stark schrumpft. Vor einigen Wochen war es so zu lesen. Nach einer Studie der Industrie- und Handelskammer belegt Korschenbroich den letzten Platz bei der Bevölkerungsentwicklung. Über 13 Prozent sollen danach Korschenbroich den Rücken kehren. Damit wird der Stadt der stärkste Bevölkerungsschwund unter den Gemeinden der IHK am Mittleren Niederrhein bis 2030 prognostiziert. Wie sieht es dann mit der eingangs beschriebenen Hochrechnung zur Steuerentwicklung aus? Wie sehen dann die zukünftigen Haushaltspläne aus? Gibt es einen Plan B?

Was ist, wenn Gewerbe abwandert, z.B. weil sie sich vergrößern wollen/müssen und nicht die geeigneten Grundstücke angeboten werden können.

Aktionismus war in 2008 angesagt. Im Zusammenhang mit dem demografischen Wandel und der „Agenda Korschenbroich“ wurden aufwendige Informationsveranstaltungen mit Multiplikatoren und Bürgern in den Ortsteilen durchgeführt und schließlich diverse Arbeitsgruppen gebildet. Es gab ein großes Bürgerinteresse. Die Motivation in den Arbeitsgruppen war beachtlich. Viel Zeit haben die Arbeitsgruppen investiert, viele gute Ideen wurden erarbeitet. Was ist geblieben –nichts, rein gar nichts!

Teurer Bauhof

Stückwerk möglich

Wozu braucht eine Kommune mit diesem immensen Schuldenberg (Gesamthaushalt 140 TEUR) einen Bauhof von

Marktwirtschaftliche Wende in der Energiepolitik

Thesenpapier des Landesverbandes und der Landtagsfraktion

Die Energiewende ist nicht nur ein politisches Großprojekt, sondern auch von elementarer Bedeutung für Nordrhein-Westfalen als Energieland Nummer 1. Zum Gelingen der Energiewende fordert die FDP

- Eine nachhaltige und integrierte Strategie. Nachhaltigkeit umfasst dabei den Schutz der Umwelt und des Klimas genauso wie die Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit und Sozialverträglichkeit.

- Mehr Wettbewerb und Marktwirtschaft, weil sich diese Ziele nur so kosteneffizient realisieren lassen.

- Ein wettbewerbliches und marktbasierendes Stromsystem. Eine klare Vorstellung von einem zukünftigen Strommarkt bildet den Maßstab, an dem sich kurzfristige Regelungen und Übergangsprozesse ausrichten müssen. Ohne ein solches Leitbild bleiben die Instrumente am Strommarkt Stückwerk.

- Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) muss schrittweise in den Wettbewerb auf den Energiemärkten integriert werden. Ungebremstes Anwachsen des Subventions-

3,7 Mio. Euro. Ende nach heutigem Stand selbstverständlich wieder einmal offen! Nein, jetzt fangen die Probleme erst an! Eine professionelle Lösung nach ursprünglichem Vorhaben ist in die Ferne gerückt. Dabei konnte es der Verwaltung im Sommer 2010 nicht schnell genug gehen. Das Grundstück war schon in der obligatorischen Ferienzeit gekauft. Man war sich sicher, bei den derzeitigen Mehrheitsverhältnissen! Die Diskussion in den Gremien wollte man sich wohl ersparen! Auf unser Nachfrage, dass sich eine Kommune mit diesem Schuldenstand einen solch teuren Bauhof nicht leisten kann, antwortete der Bürgermeister, dass das Geld ja nicht aus dem Haushalt kommt, sondern die WEK GmbH (städt. Beteiligung) der Käufer ist - welche Aussage! Eine interne Arbeitsgruppe hatte im Sommer schon gerechnet und geplant. Wir hatten Alternativvorschläge erfragt, z.B. eine Kostenaufstellung mit Hallensanierung auf der Friedrich-Ebert-Straße – selbstverständlich nicht machbar! Man wollte nur einen neuen Bauhof und sonst nichts! Jetzt gibt es Probleme mit der Kalkulation und eigentlich mit allem.

Stadtwerke für Korschenbroich

CDU/SPD sehen große Chance

In der Ratssitzung vom 27. März 2012 wurde es ernst: die Stadt Korschenbroich stieg in die Stromversorgung ein, Partner ist NEW (Tochter von RWE) aus Mönchengladbach. Rund 2 Jahre liefen die Gespräche und Verhandlungen. Die Stadt beteiligt sich zunächst am Netz, aber auch hier sind noch einige Dinge zu klären. Hauptsächlich, ob ein steuerlicher Querverbund mit dem defizitären Hallenbad möglich ist. Erst dann hätte die Stadt einen kleinen finanziellen Vorteil. Wie das Geschäft langfristig aussieht, das ist völlig unklar und gleicht einem Blick in die Glasglocke. Für CDU und SPD aber kein Problem!

Es gibt längst etliche Kommunen in NRW, die lieber heute als morgen aussteigen möchten und große Probleme mit den eigenen Stadtwerken haben. Klar ist auch, dass für Korschenbroich die notwendigen und nicht unerheblichen

volumens und weitere Stromerhöhungen müssen verhindert werden.

• Eine marktorientierte Förderung der erneuerbaren Energien, damit Kosten begrenzt werden und es bei den Anbietern zu einem wirklich nachfragegerechten Verhalten führt.

• Eine schnellere Einführung einer Kostenbremse für das EEG. Es widerspricht den Zielen der Energiewende, dass der Staat von der steigenden EEG-Umlage auch noch durch höhere Mehrwertsteuer-Einnahmen profitiert. Ab 2013 könnte die Stromsteuer im Umfang der Mehrwertsteuer-Mehreinnahmen des Bundes reduziert werden.

Otto Fricke, parlamentarischer Geschäftsführer und haushaltspolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion und von 2005 bis 2009 Vorsitzender des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages



Am 13. November 2012 diskutierte Otto Fricke im Hannen-Stammhaus zu dem Thema Europa, u.a.

- Ist Europa noch zu retten?
- Die horrende Staatsverschuldung
- EZB als europäische Bad-Bank und die Folgen
- Euro-Rettung um jeden Preis?
- Übernehmen wir uns nicht?

Investitionen nur über weiteren Schuldenaufbau machbar sind. Aber das will man offensichtlich jetzt noch nicht im Blick haben, das wird sich dann zeigen! Toll, auf solch einem dünnen Pfad Entscheidungen zu treffen, ist schon bemerkenswert.

Wir haben das Projekt Stadtwerke von Anfang an sehr kritisch betrachtet und uns bereits bei der allerersten Wirtschaftlichkeitsanalyse der Kölner Beratungsgesellschaft Rödl & Partner aufgrund mangelnder Gewinnchancen gegen Stadtwerke ausgesprochen. Diese Meinung wurde vor zwei Jahren auch vom Steuerzahlerbund unterstützt. Und

• Ein Quotenmodell. Dazu sollte das EEG in ein Fördersystem umgewandelt werden, das den Energieversorgungsunternehmen vorgibt, einen Anteil (Ökostromquote) ihres verkauften Stroms durch erneuerbare Energien abzudecken oder diesen Anteil durch Ökostromzertifikate vorzuweisen (Quotenmodell).

• Investitionen in flexible fossile Kraftwerke sind weiterhin notwendig. Sie sind Ersatz für die Kernkraft sowie für den Ausgleich der volatilen Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien.

Das gesamte Thesenpapier unter: www.fdp-nrw.de

auch jetzt, bleiben wir bei unserem Nein!

Eigentlich soll doch die Gründung der Stadtwerke Korschenbroich GmbH zum 01.01.2013 vollzogen werden. Wieder einmal Nebel über allem! Was ist eigentlich daraus geworden? Wie sieht es mit dem steuerlichen Querverbund aus? Lohnt es sich noch? Man hört und sieht so gar nichts mehr! Keine Antwort seitens der Verwaltung. Gelegenheit hätte es in der letzten Ratssitzung am 29. November gegeben.

Seniorenresidenz

Emotionsgeladenes Thema

Die Pläne des Investors sind vielversprechend, wengleich der Standort suboptimal ist. Aber der Markt bestimmt die Regeln. Der Investor/Investoren sucht/suchen ausschließlich verkehrsgünstige Standorte, das zeigen viele Beispiele. Der Kauf von Seniorenwohnungen beruht auf Freiwilligkeit und Wohnbebauung – auch Eigentumswohnungen, Einfamilienhäuser und Reihenhäuser – finden sich entlang der Bahnlinie, nicht nur in Korschenbroich. Das gilt quer durch Deutschland. Lärmschutz und Querung der Friedrich-Ebert-Straße sind bzw. werden eingeplant. Und natürlich musste in diesem Zusammenhang auch die Einnahme von über 1 Mio. Euro durch den Verkauf des Grundstückes berücksichtigt werden. Das alles waren die Gründe, warum wir letztlich zugestimmt haben.

Als jedoch die Bürgerproteste kamen, hatten wir Bürgermeister und Verwaltung, insbesondere aber die CDU, in der damaligen Ratssitzung zu mehr Sensibilität im Umgang mit den Bürgern aufgerufen. Leider gab es dafür kein Verständnis und Gehör – übrigens von keiner anderen Fraktion -, sondern nur Basta-Politik. Auch hier ist bis jetzt noch nicht alles in trockenen Tüchern!

} Wenn Sie mehr Details zu liberalen Entscheidungen auf den politischen Ebenen erfahren möchten:



FDP in Korschenbroich
www.fdp-korschenbroich.de

FDP Rhein-Kreis Neuss
www.fdp-rhein-kreis-neuss.de

FDP NRW
www.fdp-nrw.de

} Wenn Sie mit uns aktive kommunale Politik gestalten möchten, kommen Sie in unsere Geschäftsstelle, während der Sitzungszeit immer montags ab 19 Uhr oder mailen Sie uns: wolf-kluthausen@fdp-korschenbroich.de

} Wenn Sie unsere Arbeit mit einer Spenden unterstützen möchten: Spenden ab 10 Euro sind möglich. Spendenkonto: 8005063010, BLZ 37069306 der Raiffeisenbank Grevenbroich (bitte geben Sie Namen und Adresse, ggf. Telefon für die Spendenquittung an).

} **Für Sie im Rat der Stadt:** Hanne Wolf-Kluthausen (Fraktionsvors.), Britta Treptow (Schule/Sport), Dr. med. Helmut Brück (Jugend, Schule, Sport), Daniel Heck (Vorsitzender Wirtschaftsförderungs-Ausschuss), Hermann Gruhl (Stadtplanung, Bau und Verkehr, Umwelt/Grundwasser), Raphael Westen (Abwasserbetrieb/Stadtpflege,



*Frohe Weihnachten
und
ein glückliches Neues Jahr
wünscht die
FDP Korschenbroich!*

